

**GRENZSCHUTZ:** Der SBV lässt sich vom Beispiel Österreich überhaupt nicht beeindrucken

# «Kein Beispiel für gelungene Öffnung»

In seiner Gesamtschau zur Agrarpolitik verweist der Bundesrat auf Österreich, um Zollsenkungen für die Schweiz zu begründen. Der Bauernverband widerspricht: Österreich sei kein Beispiel für eine gelungene Grenzöffnung.

DANIEL SALZMANN

«Mit dem EU-Beitritt hat die österreichische Landwirtschaft an Marktorientierung gewonnen und ist damit heute besser in der Lage, die Herausforderungen für die Schweiz zu begründen. Der Bauernverband widerspricht: Österreich sei kein Beispiel für eine gelungene Grenzöffnung.» Das schrieb das Bundesamt für Landwirtschaft im Auftrag des Bundesrats im Rahmen der Gesamtschau zur Agrarpolitik, die letztes Jahr am 1. November publiziert wurde. Nun hat der Schweizer Bauernverband (SBV) das Beispiel Österreich in einer 33-seitigen Studie aufgearbeitet. Das Fazit des SBV: Österreichs Landwirtschaft taugt als Erfolgsbeispiel für eine Grenzöffnung wenig. Der Verband macht dies an fünf Aspekten fest.

## Bauernpreise sanken stark

Erstens sanken die Produzentenpreise nach dem Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 und der Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wie erwartet drastisch. Der Preisindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse ging 1995 im Mittel um 22% zurück. Die Produzentenpreise für Getreide gingen um über 50% zurück. Sämtliche Produzentenpreise haben zwischen 1995 und 2013 eine negative Entwicklung durchgemacht. Sogar wenn man die an die Produktion



Im österreichischen Lebensmittelexport dominieren Produkte wie Getränke, Backwaren oder Schokolade wie die bekannten Mozartkugeln, die den Bauern nur wenig Wertschöpfung einbringen. (Bild: flickr.com/Like the Grand Canyon)

gekoppelten Marktordnungen berücksichtigt, kann kein einziger Produzentenpreis an das Niveau vor dem EU-Beitritt anknüpfen.

## Ladenpreise sanken kaum

Wenn Verarbeiter und Detailhandel zweitens günstiger einkaufen können, sollten auch die Preise in den Läden, die Konsumentenpreise, sinken. Das sagt jedenfalls die volkswirtschaftliche Theorie. Die damalige SPÖ-EU-Sekretärin Brigitte Ederer hat laut SBV jährliche Einsparungen von 1000 Schilling für eine vierköpfige Familie verspro-

chen. Doch 1995 wurden Nahrungsmittel im Vergleich zum Vorjahr im Mittel nur um 1,7% günstiger. 1996 zogen sie mit einem Anstieg von 0,1% bereits wieder leicht an. Die Erklärung dürfte in der starken Position des Lebensmittelhandels liegen. Dieser wird von drei Ketten mit insgesamt 85% Marktanteil dominiert. Auch der Bundesrat gibt in der Gesamtschau zu, dass bei den Lebensmitteln typischerweise die Kaufkraft der Konsumenten abgeschöpft wird. Warum soll die Milch im Regal günstiger angeboten werden, wenn doch die Löhne die gleichen ge-

blieben sind? Der Handel konnte folglich zusätzliche Profite einstreichen.

Drittens sind die für die Vorleistungen (Dünger, Pflanzenschutz, Maschinen, Reparaturen, Energie, Tierarzt usw.) prophezeiten Einsparungen, die sich vorteilhaft auf das Einkommen ausgewirkt hätten, laut dem SBV-Bericht nicht eingetroffen. Die Landwirtschaftskammer Österreich führte dies darauf zurück, dass auf diesem Markt kein wettbewerbsfähiges Klima herrsche, weil der Kauf z. B. von Pflanzenschutzmitteln ennet der Grenze quasi unmöglich sei.

Im Export kann viertens Österreich besonders in Deutschland mit einer Heileweltvorstellung punkten. Exporterfolge gibt es z. B. bei Heumilchprodukten, Biomilchprodukten, Bergprodukten oder bei Wein. Doch man muss genau hinschauen: Sogeannter Tiroler Speck beispielsweise wird oft mit niederländischem oder deutschem Schweinefleisch hergestellt. Laut der Landwirtschaftskammer überwiegt der Export jener Produkte, bei denen die Wertschöpfung für die Bauern gering ausfällt: Getränke (u.a. Red Bull), Backwaren oder Schokolade. Der angestrebte Feinkostladen Österreich sei nur begrenzt Realität geworden.

## Jeder dritte Betrieb weg

Fünftens waren die Einkommen der Bauernfamilien in den ersten Jahren nach dem Beitritt jeweils rückläufig. Später stiegen sie wieder an. Laut der Studie war dies nur mit massiv gestiegenen öffentlichen Geldern, gestiegenen Sozialtransfers (z. B. Altersrenten) und höherem ausserlandwirtschaftlichem Einkommen möglich. Das benötigt mehr Steuergeld – Österreich ist innerhalb der EU auch Nettozahler – und führe dazu, dass die österreichischen Bauern weitgehend von der öffentlichen Hand abhängig seien, so der SBV. Und sehr wichtig sei, dass die landwirtschaftlichen Staatsgelder auf weniger Betriebe verteilt wurden: Seit dem EU-Beitritt hat bis dato jeder dritte Bauernbetrieb seine Stalltüren für immer geschlossen. Bereits in den Jahren 1990 bis 1994 hörten viele ältere Betriebsleiter vorzeitig auf. Und gestiegen ist in Österreich auch der Anteil Nebenerwerbsbauern (heute 60%, in der Schweiz 30%).

## NACHRICHTEN

### Konrad Graber tritt nicht mehr an



Der Luzerner Konrad Graber verabschiedet sich nach fast 40 Jahren vom politischen Parkett. Der CVP-Politiker tritt für die Ständeratswahlen im Herbst 2019 nicht mehr an. Als Bundesratskandidat steht er ebenfalls nicht zur Verfügung. Er werde mit unvermindertem Einsatz die laufende Legislaturperiode bis im kommenden Herbst zu Ende führen, schreibt der Luzerner Ständerat in einer Mitteilung vom Mittwochabend. Klar sei, dass er sich nachher nicht mehr politisch aktiv betätigen werde. Dem Ständerat gehörte Graber seit 2007 an. Graber will Partner und Verwaltungsrat beim Wirtschaftsprüfer BDO bleiben sowie Präsident des Verwaltungsrats des Milchkonzerns Emmi. sda

### Matija Nuic wird VSGP-Direktor



Der Leitende Ausschuss des Verbands der Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP) hat Matija Nuic zum neuen Direktor ernannt. Er wird die Stelle am 1. November 2018 antreten. Nuic ist 33-jährig und seit 2014 beim VSGP als Bereichsleiter Markt & Politik und seit 2018 stellvertretender Direktor. Er hat Politikwissenschaften studiert, verfügt über einen Master in European Studies und hatte bereits während seines Studiums Berührung mit der Landwirtschaft. Sein Vorgänger Jimmy Mariéthoz wechselte als Direktor zum Obstverband. sal

## PETITION: Man will keine Gentechnik durch die Hintertür

# «Wissenschaft ist nicht so weit»

Neue Gentechnik-Verfahren sollen dem Gentechnik-Gesetz unterstellt werden. Das fordert die gestern Freitag eingereichte Petition.

ADRIAN HALDIMANN

Keine Gentechnik durch die Hintertür – das will die Kleinbauern-Vereinigung, die Schweizer Allianz Gentechfrei und L'alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique. Zusammen mit 25 Trägerorganisationen wie beispielsweise IP-Suisse, Bio Suisse, Uniterre und Schweizer Tierschutz reichten sie in Bern die Petition «Neue Gentechnik-Verfahren dem Genetikgesetz unterstellen» mit über 30'000 Unterschriften ein.

## Kein Verbot gefordert

Der Entscheid des Europäischen Gerichtshofs von Ende Juli sei auch für die Schweiz wegweisend, ist Martina Munz, Präsidentin der Schweizer Allianz Gentechfrei, überzeugt. Dieser besagt, dass neue Gentechnik-Verfahren wie Crispr/Cas als Gentechnik einzustufen und dem Gentechnik-Recht zu unterstellen seien. Damit fordert sie den Bundesrat auf, dem Urteil zu folgen. Im Gespräch mit dem «Schweizer Bauer» betonte Nationalrätin Martina Munz (SP, SH): «Die Petition fordert kein Verbot, sondern einen verantwortungsbewussten Umgang mit den neuen Verfahren.» Es gebe mit neuen Verfahren noch sehr



Rita Fuhrer: «Der Verzicht auf Gentechnik-Pflanzen ist die logische Konsequenz.» (Bild: Adrian Haldimann)

viele Unsicherheiten. Die Wissenschaft sei noch nicht so weit. Munz zeigte Bedenken ob der aktuellen Entwicklung. Die Forschung würde immer mehr die Argumente der Agrarindustrie übernehmen. Grosskonzerne verdienten mit Saatgut, Pestiziden und Düngemitteln sehr viel Geld und beeinflussten die Forschung.

## Logische Konsequenz

Die Meinung von Rita Fuhrer, Präsidentin der Kleinbauern-Vereinigung, ist klar: «Die industrielle Gentechnik-Landwirtschaft ist der falsche Weg.» Für die Schweizer Landwirtschaft, die mit Qualität punkte, sei der Verzicht auf Gentechnik-Pflanzen die logische Konsequenz.

## CRISPR/CAS

Wissenschaftler waren sich in den letzten Jahren nicht einig, ob das Verfahren wie Crispr/Cas als Gentechnik einzustufen ist oder nicht. Die Gen-Schere Crispr/Cas wird dazu verwendet, um DNA gezielt zu schneiden und zu verändern. Dabei lassen sich Gene einfügen, entfernen oder ausschalten. Befürworter der Methode argumentieren, als wichtigen Unterschied zur Gentechnik, dass mit Crispr/Cas beim editierten Produkt kein fremdes, von aussen eingeführtes Genmaterial vorhanden ist. Crispr/Cas kann bei allen Lebewesen angewendet werden. hal

Video auf [www.schweizerbauer.ch](http://www.schweizerbauer.ch)

## MILCHWIRTSCHAFT

# Jetzt macht Emmi im Ausland mehr Umsatz als in Inland

Im Inland machten der Molkerei Emmi Preisdruck, Importdruck, Einkaufstourismus und die Discounter zu schaffen.

Die Milchverarbeiterin Emmi hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 2018 beim Umsatz und beim Gewinn zugelegt. Gewachsen ist das Unternehmen vor allem dank einer guten Entwicklung im Ausland. Dagegen bleibt der Heimmarkt Schweiz steinig. Der Umsatz legte um 4,7 Prozent auf knapp 1,68 Milliarden Franken zu. Aus eigener Kraft, also bereinigt um Währungs- und Akquisitionseffekte, lag das Plus bei 2,4 Prozent, wie Emmi am Mittwoch mitteilte.

Dabei ergaben sich in den beiden grösseren Auslandsdivisionen Amerika und Europa gute Wachstumsraten von gegen 6 Prozent, wogegen in der Schweiz ein mageres Plus von 0,5 Prozent resultierte. Und dieses Plus ist vor allem dank der Milchpreiserhöhung zustande gekommen, mehr Produkte verkauft hat Emmi also praktisch nicht. So hat Emmi nun zum ersten Mal im Ausland einen höheren Umsatz erzielt als im Inland.

Positiv sei der Umsatztrend vor allem in den internationalen Märkten, und die gute Entwicklung sei breit abgestützt gewesen, hiess es denn auch im Ak-

tionärsbrief von Emmi. In den USA etwa konnten die lokal produzierten Kuhmilchkäse sowie der Export von Le Gruyère AOP aus der Schweiz deutlich zulegen.

In der Schweiz dagegen sah sich das Unternehmen einem markanten Preisdruck und einem weiterhin hohen Importdruck ausgesetzt. Rückläufig waren insbesondere die Produktgruppen Käse, Frischprodukte oder auch Pulver/Konzentrate. Auch der Einkaufstourismus bewegt sich laut Emmi auf einem «konstant hohen» Niveau. Zu schaffen macht dem Unternehmen zudem die rückläufige Tendenz im traditionellen Detailhandel zugunsten der preisaggressiveren Discounter. Einen leicht negativen, allerdings noch nicht bezifferbaren, Effekt dürfte auch der Hitzesommer haben.

Die Gewinnentwicklung übertrifft diejenige des Umsatzes. So legte das Betriebsergebnis (Ebit) um 5,1 Prozent auf 95,0 Millionen zu. Die Ebit-Marge in Prozent des Nettoumsatzes lag mit 5,7 Prozent auf dem Niveau der Vorjahresperiode. Der Reingewinn hat sich dank des Verkaufs eines Anteils an «Siggy's» auf 129,0 Millionen knapp verdoppelt. Ohne diesen Effekt hätte er immer noch um gut 9 Prozent auf 72,1 Millionen zugelegt. Für das Gesamtjahr 2018 sieht sich Emmi auf Zielkurs. sda/sal

## Sals plädiert für ein doppeltes Nein

Der Vorstand der Schweizerischen Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor (Sals) hat zu den beiden Agrarinitiativen Stellung genommen. Er empfiehlt in einer Mitteilung, beide Vorlagen abzulehnen. Die Sals ist der Meinung, dass die «Fair-Food-Initiative» mehr Fragen aufwirft, als sie Antworten liefert. Ein Produktpreis oder ein Lohn können in einem bestimmten Land oder Wirtschaftsraum als fair gelten, während sie dies anderenorts bei standortbedingten natürlichen Bedingungen oder bei anderem Kostenumfeld nicht sind. Die Initiative «Für Ernährungssouveränität» laufe einer modernen und professionellen Land- und Ernährungswirtschaft entgegen. sal

## Detailhändler empfehlen Nein

Die Detailhandelsverbände Swiss Retail und Veledes empfehlen den Stimmberechtigten, die beiden Agrar-Initiativen, die beiden Volksabstimmungen vom 23. September abzulehnen. Laut einer Mitteilung der Detailhändler drohen mit den Initiativen hohe finanzielle Belastungen für Konsumenten und Steuerzahler, die Reduktion der Angebotsvielfalt und der Verlust von Arbeitsplätzen im Detailhandel wegen noch mehr Einkaufstourismus. Der für die Umsetzung notwendige Kontrollapparat und die zusätzlichen Subventionen würden sich in den Staatsfinanzen niederschlagen. sal